

Öffentliche Erklärung

Gemeinderatserklärung gegen Pedida-Aufmärsche in schmutzige Farce umgefälscht

Der Schlusspassage der seit 15. Mai öffentlich nachlesbaren Version der Gemeinderatserklärung wurde in der heutigen Gemeinderatssitzung von OB Dr. Mentrup in letzter Minute vor der Entscheidung folgendermaßen umgefälscht: „Karlsruhe steht gemeinsam für Toleranz und Vielfalt im städtischen Miteinander und gegen ~~Rechtsextremismus~~ Extremismus in jeglicher Form - heute wie in der Zukunft.“ ohne geglichen Widerstand auch nur eines einzigen Gemeinderatsmitglieds.

Was bedeutet diese Umfälschung inhaltlich? Bitte lesen sie den Kommentar in ZEIT online von 2011 [Schafft das Wort Extremismus ab!](#) „Die Regierung mag nicht ablassen von dem Dogma, Rechts- und Linksextreme seien das gleiche Problem unterschiedlicher Ausprägung. Das ist gefährlich.“ Diese unerträgliche Gleichsetzung wird Totalitarismustheorie genannt. Diese ist ein Kind des Kalten Krieges, der damals zu einem heißen gegen den „Ostblock“ werden sollte.

Genau vor 7 Jahren hatte in Karlsruhe die CDU mit OB Fenrich eine ebensolche Totalitarismus-offensive gestartet. Die Aufklärung gegen rechts sollte in eine Kampagne "gegen jede Art von Extremismus" umgepolt werden. Lesen Sie bitte den Bericht darüber in der [Webseite des AAKA](#) (Antifaschistisches Aktionsbündnis Karlsruhe). Das AAKA hat zusammen mit dem „Netzwerk gegen rechts“ vor einer Woche mit dem Straßenfest „Bunte Plätze statt rechter Hetze“ eine großartige kulturelle Antwort gegen Rassisten und Neonazis gegeben. Wen wundert es da noch, dass die CDU kürzlich den Versuch unternahm, das „Netzwerk gegen rechts“ in ein „Netzwerk gegen Extremismus“ umzutaufen.

Dass die CDU wie aus 2008 und 2011 berichtet, keine Gelegenheit auslässt, ihre abgestandenen Parolen zu verbreiten, kann niemanden mehr überraschen. Dass aber ein von SPD und Grünen in das Amt gebrachter OB Dr. Mentrup diese Politik mitzutragen beginnt, das verdient schärfsten Protest aller Schichten des Gegenprotestes gegen die Pegida/Kargida-Aufmärsche. Dass mit dieser [kurzfristigen Umfälschung](#) auch die absehbare Kritik der Öffentlichkeit gegen die [vorher annehmbare Version](#) unterlaufen wurde, verschärft die Begründung für den Protest noch.

Wie komme gerade ich dazu, mit meinen Protest vorzupreschen? Einer muss den Anfang machen. Außerdem habe ich namens des AAKA seit 26. März [mehrfach](#) den OB und die Gemeinderäte zu einer solchen Resolution ermuntert, aber nicht zu einer solchen Farce.

Wer bin ich? Hier der [stadtwiki-Eintrag](#). Kurzfassung: Dietrich Schulze (Jg. 1940) war nach 18-jähriger Forschungstätigkeit im Bereich der Hochenergie-Physik von 1984 bis 2005 Betriebsratsvorsitzender im Forschungszentrum Karlsruhe (jetzt KIT Campus Nord). 2008 gründete er mit anderen in Karlsruhe die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten ([WebDoku](#)). Er ist Beiratsmitglied der NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit sowie in der Initiative „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ und publizistisch tätig. Er ist Mitglied der DFG-VK und Kreisvorstandsmitglied der VVN-BdA Karlsruhe.

Schafft das Wort Extremismus ab! ZEIT ONLINE

Die Regierung mag nicht ablassen von dem Dogma, Rechts- und Linksextreme seien das gleiche Problem unterschiedlicher Ausprägung. Das ist gefährlich. Kommentar von [Christian Bangel](#) 24. November 2011

Sollte man jemanden ablehnen, weil er linksextrem denkt? Kommt darauf an. Akzeptiert er Gewalt? Schwebt ihm eine autoritäre Führung vor? Dann ja. Oder besteht sein Linksextremismus darin, gesellschaftliche Güter – Geld, Bodenschätze, Arbeitskraft – radikal umverteilen zu wollen? Dann ist er vielleicht ein Dogmatiker, vielleicht ein Träumer. Jedenfalls ist er weder menschenverachtend noch gefährlich für andere.

Sollte man jemanden ablehnen, der rechtsextrem denkt? In jedem Fall. Neonazis (dis-)qualifizieren Menschen vor allem nach angeborenen Merkmalen: Ethnie, Hautfarbe, Geschlecht. Deshalb ist ihre Weltsicht selbst dann menschenverachtend, wenn sie gewaltfrei auftreten.

Schon dieser Unterschied wäre Grund genug, Rechts- und Linksextremisten nicht in denselben Karton zu packen, wie es die [Bundesregierung](#) in einer Erklärung gerade wieder getan hat. Man kann aber auch die reinen Zahlen hernehmen – Neonazis sind nicht nur in der Theorie brutaler. Knapp 150 Todesopfer rechtsextremer Gewalt seit der Einheit [zählten ZEIT ONLINE und der Tagesspiegel](#). Dem steht ein linksextremer Mord gegenüber – verübt von der mittlerweile aufgelösten [RAF](#).



Demonstration von Linken gegen eine Feier anlässlich der Deutschen Einheit in Hamburg | © Carsten Koall/Getty Images

Schröders Linken-Feindseligkeit

Familienministerin [Kristina Schröder](#) (CDU) kämpft schon lange für die Gleichsetzung von rechts- und linksextrem, Neonazis scheint sie vor allem für überschätzt zu halten. Rassismus, prangerte sie vor einiger Zeit an, werde immer häufiger von Migranten gegen die deutsche Mehrheitsgesellschaft ausgeübt. Antisemitismus sei ein großes Problem der Linkspartei. Und Linksextremisten müsse man schon am Rand der [SPD](#) fürchten. Der sichtbarste Ausdruck dieser altherrenrechten Haltung war die von ihr eingeführte Extremismusklausel.

Initiativen gegen Rechtsextremismus müssen seit einiger Zeit ihre Kooperationspartner eine Unterschrift auf das Grundgesetz leisten lassen – obwohl zahlreiche Wissenschaftler und Initiativen in einem offenen Brief warnten, die Arbeit gegen Neonazis werde diskreditiert und gefährdet. Selbst das Familienministerium hat bei der Einführung der Klausel keinen Fall benennen können, in dem Verfassungsfeinde staatliche Gelder erhalten haben.

Dass der Kampf gegen die Neonazis auf diese Weise operativ geschwächt wird, ist noch das kleinere Problem. Viel schlimmer ist, dass Schröder in ihrer Partei keine Außenseiterin ist. Selbst [Angela Merkel](#) bekennt sich zur Totalitarismustheorie "Rechtsextrem gleich Linksextrem". Sie wird wissen, dass in dem Thema eine der letzten konservativen Überzeugungen verborgen liegt.

Man kann sich diese Denkschablone wie ein nach oben geöffnetes Hufeisen vorstellen: Unten die gemäßigte Mitte; an den Rändern, gleichweit von der Mitte entfernt, Rechts- und Linksextreme.

Spielend leicht gerät in diesem Bild die besondere Bedrohung durch den Rechtsextremismus in den Hintergrund. Die unterschiedslose Ablehnung von ganzen Menschengruppen – nicht aus politischen oder sozialen Gründen, sondern wegen angeborener Merkmale – ist eine einzigartige, konzeptionelle Brutalität. Und sie birgt große Gefahren.

Um eine ethnische Fragmentierung des Landes zu erreichen, brauchen Nazis nicht unbedingt Mehrheiten bei den Wahlen. Es reichen kleine Gruppen, die den Hass säen und eine Mitte, die gleichmütig reagiert. Man kann die Effektivität dieses Konzeptes gut an den ländlichen Räumen Ostdeutschlands ablesen.

Konservative Medien, Wissenschaftler und Politiker aber führen hier einen alten westdeutschen Kampf. Ihre Lesart lautet: Rot-Grüne 68er dominieren die öffentlichen Debatten, sie wollen den Patriotismus und den Konservatismus im Kampf gegen Rechts gleich mitentsorgen. Deswegen ist es für dieses Milieu eine hochpolitische Frage, ob Linksextreme im gleichen Atemzug wie die Neonazis genannt werden.

Dieses paranoide Paradigma macht Fehlgriffe wie in [Sachsen](#) erst möglich, wo der Streit um die Extremismusklausel dazu führte, dass die Staatsregierung einen eigenen Zivilcourage-Preis auslobte, der den Widerstand gegen die Neonazis [nicht mehr als ehrungswürdig bezeichnet](#). Wo Schwarz-Gelb gemeinsam

mit der [NPD](#) dem Fraktionschef der Linken [die Immunität entzog](#) , weil er einen Naziaufmarsch mitblockiert haben soll. Wo die Behörden [mit großem Eifer gegen die angeblich drohende linke Gefahr vorgehen](#) , während Neonazis das Land jahrelang ungestört als organisatorische Basis nutzen konnten.

Die Union sollte sich den Begriff Extremismus verbieten. Natürlich muss verfolgt werden, wer Gewalt einsetzt. Doch wer nicht zwischen Rechts- und Linksextremisten unterscheidet, merkt auch nicht, wenn ganze Landstriche in die Hand von Neonazis geraten. Er verliert auch den Blick dafür, welche Form der Dissidenz sich in der Bevölkerung ausbreitet.

Von Jahr zu Jahr glauben weniger Menschen daran, dass Demokratie und Marktwirtschaft ihre Probleme lösen können. Es ist ein Unterschied, ob die Bürger darauf mit der Forderung nach Umverteilung reagieren oder sich rassistische Feindbilder suchen. Wer das misst wie Schröder, kann nur feststellen, dass ein großer Teil der Deutschen bereits jetzt unter latenten Extremismusverdacht gehört.

<http://www.antifa-buendnis-ka.de/infos/2008/20080520.html> 20.5.2008

Totalitarismusoffensive von CDU und OB

Die Aufklärung gegen Rechts soll in eine Kampagne "gegen jede Art von Extremismus" umgepolt werden

Die mit dem Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe vereinbarte und von allen Gemeinderatsfraktionen

unterstützte Aufklärung über Ziele und Methoden der rechtsextremen Szene soll in einer Veranstaltung am 14. Juni 2008 umfunktioniert werden als "Beginn für ein aktives breites Bündnis gegen jede Art von Extremismus". Damit soll ganz bewusst eine Rechts-Links-Gleichsetzung betrieben werden. Opfer und Täter würden gleichgesetzt und das Jahrtausendverbrechen des Faschismus verharmlost.

Noch am 14. April 2008 hatten Oberbürgermeister Heinz Fenrich und der Gemeinderat beschlossen, in einer öffentlichen Veranstaltung über Ziele und Methoden der rechtsextremen Szene aufzuklären.

"Karlsruhe will damit ein deutliches Zeichen setzen gegen rechtsextremes Gedankengut und gleichzeitig die Öffentlichkeit über Strategien und Praktiken so genannter Kameradschaften und anderer Vereinigungen am rechtsextremen Rand aufklären, die für Außenstehende auf den ersten Blick oft nicht zu durchschauen sind". (Siehe die [Presseerklärung der Stadt Karlsruhe](#))

Zwischenzeitlich wird aber heftig zurückgerudert.

Schon aus der ersten städtischen Projektgruppensitzung am 29. April zur Vorbereitung der Veranstaltungen waren VVN, AAKA und Gewerkschaften vereinbarungswidrig aus fadenscheinigen Gründen ausgeschlossen worden. An der zweiten Projektgruppensitzung am 9. Mai konnte dann je ein Vertreter des DGB und des AAKA teilnehmen.

Wie die BNN am 16. Mai mitteilte, ist die Veranstaltung konzipiert als Auftaktveranstaltung für ein nachhaltiges "Bündnis gegen jede Art von Extremismus" mit Referenten des Verfassungsschutzes und einem Referat von Prof. Eckhard Jesse zum Thema "Sinn und Unsinn eines NPD-Verbots".

Vereinbart war aber etwas anderes, nämlich - laut Presseerklärung der Stadt Karlsruhe - über "Ziele und Methoden der rechtsextremen Szene" und "Strategien und Praktiken so genannter Kameradschaften und anderer Vereinigungen am rechtsextremen Rand" aufzuklären.

Genau das wurde von den Vertretern des DGB und des AAKA gegen den heftigen Widerstand des CDU-Vertreter in der städtischen Projektgruppe am 9. Mai bekräftigt.

Das Antifaschistische Aktionsbündnis Karlsruhe (AAKA) hatte sich bereits in einer Erklärung vom 22. April gegen die "grassierende Rechts-Links-Gleichsetzung" gewandt. *"Die reale Gewalt geht von der NPD und ihrem Umfeld aus, so wie früher die Gewalt von den Hitlerfaschisten ausging."*

Im gleichen Tenor hatte die VVN-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) in einer Erklärung vom 4. Mai vor einer Umlenkung des antifaschistischen Protests in eine Richtung "gegen jede Art von Extremismus" gewarnt. *"Mit dem Rechts-Links-Schema werden Opfer und Täter gleichgesetzt und das Jahrtausendverbrechen des Faschismus verharmlost."*

Und wer sind die vorgesehenen Referenten?

Da ist erst einmal der Verfassungsschutz, der V-Leute in die Führungsetage der NPD eingeschleust hat, die dort nicht bleiben könnten, wenn sie nicht die Arbeit der Faschisten machen würden. Es heißt, sie seien "eingeschleust". Erheblich plausibler aber ist, dass es sich um angeworbene Neonazis handelt. Leute also,



Antifaschistisches
Aktionsbündnis Karlsruhe

(AAKA)

Ohne Nazis und Rassisten leben!

die schon Neonazis waren und die es auch heute noch sind. Neonazis, die vom Verfassungsschutz, also vom Staat aus Steuergeldern finanziert werden.

Und da ist der Herr Professor Eckhard Jesse, ein notorischer Verharmloser des Rechtsextremismus. Über seiner Rolle als Gutachter beim gescheiterten NPD-Verbotsprozess schrieb Heribert Prantl in der Süddeutsche Zeitung:

Bundesverfassungsgericht macht Bock zum Gärtner

Die vom Karlsruher Gericht bestellten Gutachter sind durch Bagatellisierung rechtsextremer Umtriebe aufgefallen ... Der objektive Sachverstand der vom Gericht bestellten Gutachter sieht im vorliegenden Fall wie folgt aus. Eckhard Jesse ist durch Verharmlosung rechtsextremer Umtriebe aufgefallen. 1990 schoss er sich in einem Aufsatz auf Heinz Galinski, den früheren Vorsitzenden des Zentralrates der Juden ein und meinte: 'Auf Dauer dürfte Judenfeindlichkeit nicht zuletzt gerade wegen mancher Verhaltensweisen von Repräsentanten des Judentums an Bedeutung gewinnen'. Kritik an groben Antisemitismen beklagte er als 'hysterische Reaktion'.... In einem Artikel ... behauptet er, dass die Gefahr von rechts hochgespielt, die von links verharmlost würde." (Siehe [Artikel vom 5.2.2002](#))

Auf einer Podiumsdiskussion beim Verfassungsschutz (!)

"meinte Eckhard Jesse, die NPD profitiere 'von ihrer Opferrolle', wenn ihr das Mieten eines Versammlungslokals verweigert werde." (Siehe [Artikel vom 17.11.2007](#) im Wiesbadener Kurier)

Dieser Argumentation zufolge müsste unverzüglich der Widerstand gegen die Vermietung der Badener Str. 34 in Durlach aufgegeben werden, damit die NPD nicht weiter "von ihrer Opferrolle profitieren" kann.

Zu Prof. Jesse schreibt Wikipedia:

Kritik an der These der Historisierung des Nationalsozialismus

Kritik löste außerdem die These aus, der Nationalsozialismus habe in Deutschland einen Modernisierungsschub bewirkt, wie sie in dem Sammelband "Schatten der Vergangenheit" von Backes und Jesse vertreten wird. Andere Autoren des Sammelbandes forderten, Deutschland solle aus dem "Schatten der Vergangenheit" heraustreten. Zusammen mit Backes und Zitelmann war Jesse in diesem Sinne für eine "Historisierung" des Nationalsozialismus eingetreten. Damit, so konkret- und Freitag-Autor Otto Köhler, wolle Jesse einen Schlussstrich unter die Aufarbeitung der deutschen NS-Geschichte ziehen und einen Anknüpfungspunkt für einen "positiven Nationalismus" schaffen.

Im Zusammenhang mit dem Ziel der "Historisierung" des Nationalsozialismus wird Jesse die Zusammenarbeit mit Autoren vorgeworfen, die die Kritiker als neu-rechts und geschichtsrevisionistisch einstufen, insbesondere dem umstrittenen Publizisten Rainer Zitelmann. Auch die Verbindung zu dem Politikprofessor und Junge-Freiheit-Autor Hans-Helmuth Knütter, der als Förderer Jesses gilt, war Gegenstand von Kritik. Knütter gehörte bis 1996 ebenfalls zum Wissenschaftlichen Beirat des Jahrbuchs Extremismus & Demokratie. Ihm wurde von Kritikern vorgehalten, nach einer fortschreitenden Rechtsentwicklung die erforderliche Distanz zur extremen Rechten verloren zu haben.

Die enge Zusammenarbeit mit Uwe Backes wurde ebenfalls öffentlich kritisiert. 1998 kam es zu einem Eklat, als HAIT-Mitarbeiter [HAIT = Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, Anm. d. Red.] Lothar Fritze in seiner Antrittsrede die moralische Rechtfertigung des Hitler-Attentäters Georg Elser in Frage stellte. Zwar befürwortete Fritze das Attentat, zweifelte aber an Durchführung und ethischer Begründung. Nachdem sich Backes und Jesse hinter den Mitarbeiter gestellt hatten und eine Distanzierung ablehnten, verließ u. a. der US-amerikanische Historiker Saul Friedländer den Beirat des Instituts und warf dem HAIT eine Relativierung von NS-Verbrechen vor.

Silvia Schulze, Sprecherin der VVN-BdA, meint dazu: *"Solche Referenten hat Karlsruhe in dieser angespannten Situation einer Nazi-Offensive nicht verdient."*

Es muss also ein Alarmzeichen sein, wenn dieser Professor Jesse zum Thema "Sinn und Unsinn eines NPD-Verbots" referiert! Der Verfassungsschutz - so ist zu vermuten - wird dabei bleiben, die V-Leute nicht abzuschalten, obwohl dies eine vom Verfassungsgericht gestellte Bedingung ist. Und Herr Jesse wird die Forderung nach einem Verbot der NPD als "Unsinn" darstellen. Ein tolles Gespinnst als Referenten einer Veranstaltung gegen rechts!

Redaktion antifa-buendnis-ka.de
Rainer Zorn

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

In den Worten des Oberverwaltungsgerichts Münster:
"Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit sind mit grundgesetzlichen Wertvorstellungen unvereinbar. Sie lassen sich nicht als 'politisch unerwünscht' oder 'missliebig' bagatellisieren und wie jede andere Ausübung eines für die Demokratie konstituierenden Freiheitsrechts einstufen."